

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

44. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 24. September 2015

(16.01 Uhr bis 21.18 Uhr)

1. Feststellung der Tagesordnung.....	1
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers	2
3. 43. Fragestunde.....	2
Frage Nr. 2313.....	2
Stadtverordnete Sybill Cornelia Meister, CDU:.....	2
Stadtrat Markus Frank:.....	3
Frage Nr. 2314.....	6
Stadtverordneter Cihad Taskin, GRÜNE:	6
Bürgermeister Olaf Cunitz:	6
Frage Nr. 2315.....	10
Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:.....	10
Stadtrat Prof. Dr. Felix Semmelroth:.....	10
Frage Nr. 2316.....	11
Stadtverordneter Luigi Brillante, LINKE.:	11
Oberbürgermeister Peter Feldmann:	12
Frage Nr. 2317.....	14
Stadtverordneter Gert Trinklein, FDP:	14
Stadtrat Stefan Majer:	14
Frage Nr. 2318.....	15
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	15
Stadtrat Stefan Majer:	15
Frage Nr. 2319.....	16
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, RÖMER:	16
Bürgermeister Olaf Cunitz:	16
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2314.....	17
Stadtverordneter Cihad Taskin, GRÜNE:.....	17
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	18
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	20
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	21
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2316	23
Stadtverordneter Luigi Brillante, LINKE.:.....	23
Stadtverordneter Wendel-Jaromir Burkhardt, GRÜNE:	23
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 2318	24
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	24
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	25
Stadtverordneter Matthias Münz, GRÜNE:.....	26
4. Verabschiedung der Tagesordnung II	27

Stadtv. Cihad Taskin, GRÜNE

Neben dem vorbildlichen Engagement der Frankfurterinnen und Frankfurter zur Unterstützung von Geflüchteten unternimmt auch die Stadtämterübergreifend große Anstrengungen hinsichtlich der Schaffung von Unterkünften. Nach einer ersten Unterbringung, die aufgrund der großen Zahlen teilweise in Sporthallen erfolgt, brauchen die Menschen auch eine mittel- und langfristige Perspektive.

Ich frage den Magistrat: Sieht der Magistrat durch die Änderung von Planungs- und Baurecht die Möglichkeit, schneller adäquaten Wohnraum für Geflüchtete zu schaffen?

wäre dieses erste Wochenende für viele Flüchtlinge in Frankfurt ziemlich unangenehm verlaufen.

Nun sollten wir in die Zukunft schauen und müssen feststellen, dass Dinge, die in einer aktuellen Notsituation hinnehmbar sind, sich nicht verfestigen dürfen. Zum Beispiel darf es Massenunterkünfte dauerhaft nicht geben. Mindeststandards bei Unterbringung und Betreuung von geflüchteten Menschen müssen eingehalten werden. Dazu hat die LINKE zusammen mit den Piraten schon vor Monaten einen Antrag gestellt. Wir wussten warum. Angesichts eines Büroleerstands von über einer Million Quadratmeter und vielen temporären Leerständen sollte es machbar sein, winterfesten Wohnraum für die Flüchtlinge zu beschaffen. Wir von der LINKEN haben dazu schon Anregungen gegeben, der Campus Bockenheim ist jetzt gerade gemacht worden oder es wird gerade etwas eingerichtet und das Neckermann-Gelände wird geprüft. Natürlich muss auch die Betreuung traumatisierter Flüchtlinge, Frau Dr. Birkenfeld, Sie haben es selbst auch gesagt, schnell sichergestellt und ausgebaut werden, ebenso die medizinische Versorgung. Erste Ansätze dazu hat die Gesundheitsdezernentin schon im letzten Ausschuss vorgestellt.

Wir LINKE wollen, dass die Menschen nicht nur freundlich willkommen heißen, sondern auch möglichst schnell und gut integriert werden, weil wir nicht wollen - Sie sicher auch nicht, Frau Ross -, dass sie auf ihrem Flüchtlingsstatus zementiert werden, sondern in unsere Gesellschaft aufgenommen werden. Was also ist zu tun?

(Zurufe)

Es müssen Sprachangebote ausgebaut, Praktika vermittelt, Arbeitsplätze gesucht werden. Da ist die Wirtschaft gefordert. Von Flucht betroffene Kinder müssen schnell beschult werden. Dazu sind die Intensivklassen auszubauen. Ich hoffe sehr, das Bildungsdezernat ist damit nicht schon wieder überfordert. Arbeit kann nicht dauerhaft durch Ehrenamtliche geleistet werden. Frau Birkenfeld, da stimme ich Ihnen zu, dafür braucht es professionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich hoffe sehr, dass es schon Finanzplanungen zur Aufstockung von Mitteln und Personal bei den betroffenen Ämtern gibt. An

Geld sollte es in Frankfurt nicht fehlen. Mit einem Überschuss von 200 Millionen Euro auf dem Konto sollte das gehen, aber natürlich ist der Bund hier stark gefordert, stärker als bisher. Aus dessen Haushalt sind von 2008 bis 2012 144 Milliarden Euro für Bankenrettung ausgegeben worden und jetzt feiert man sich dafür, dass man bisher sechs Milliarden Euro für Flüchtlinge an die Kommunen bereitgestellt hat. Das reicht natürlich nicht. Sie wissen, wir LINKE sagen, wer Banken rettet, kann auch Menschen retten.

Zum Abschluss noch einen Satz. Das Motto des diesjährigen Tages der Deutschen Einheit heißt: Grenzen überwinden. Das haben jetzt ganz viele Menschen gemacht, haben die Grenzen überwunden, sind zu uns gekommen. Ich denke, da sind wir jetzt gefordert.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Vielen Dank! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneter Ditfurth, ÖkoLinX-ARL. Bitte schön!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Tag allerseits!

Ich finde den Versprecher, den Frau Pauli fast gemacht hätte, Oktoberfest, wunderbar und treffend, was diesen sogenannten Tag der Einheit angeht. Aber dazu später.

Ich finde diese Diskussion in der Öffentlichkeit, in dem, was man bei Veranstaltungen von Vertretern der Stadt hören konnte und auch zum Teil hier, ist eine wirklich wilde, fast verrückte Mischung aus Freundlichkeit und Heuchelei. So einmal eben zu sagen, am Anfang hat alles wunderbar geklappt. Fakt ist, die Stadt hat mindestens sieben Tage lang nicht darauf reagiert, dass am Bahnhof und zum Teil am Fernbahnhof am Flughafen

Hunderte und Tausende von Menschen ankamen ...

(Zurufe)

Quake nicht rum, Manuel Stock, in der ersten Reihe. Jetzt kommt ein Bericht aus der Wirklichkeit und nicht aus deiner ...

(Zurufe)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, auf Zwischenrufe zu verzichten.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

(Zurufe)

.... der ersten Reihe möge sich doch kurz zurückhalten und meinen Beitrag bewerten, wenn er zu Ende ist.

Also, am berühmten Gleis 24 war die Stadt nicht da, jedenfalls mindestens eine Woche lang nicht, aber dafür traten dort Menschen auf, die Street-Angels genannt werden und die mit der Gewalt ihrer Muckibudentrainiertheit und ihrem autoritären Verhalten zum Teil gar nicht freundlich zu den Flüchtlingen waren. Wenn man sie fragte, sagten sie, sie hätten ein Mandat - was sie natürlich nicht belegen konnten - vom hessischen Innenminister. Merkwürdige Geschichte!

Ausgerechnet einige von diesen Leuten, die Flüchtlinge, die Fahrkarten nach Hamburg hatten, daran hinderten, von dem einen Gleis zum anderen zu gehen, um ihren Zug zu Freunden in Hamburg zu nehmen, durften dann ein paar Tage später mit offiziellen Schildern, also mit entsprechenden Hemden oder Aufhängern rumlaufen, die sie von der Feuerwehr bekommen hatten, was die natürlich ganz toll fanden. Es war also gar nicht alles in Ordnung. Die schönen Worte von Frau Birkenfeld, dass die Menschen im Bahnhof schlafen mussten, sei irgendwie ein Problem gewesen, möglicherweise auch ein Problem der Bahn. Sie deutet an, das sei der Hoheitsbereich der Deutschen Bahn. Fakt

war, dass diese Menschen schlicht und einfach keine Schlafplätze hatten und dass nicht alle dorthin gebracht werden konnten, zum Teil wegen dem Durcheinander, weil eben private Menschen, die es zum Teil nicht gewohnt waren zu helfen, das nicht alleine koordinieren konnten, aber auch keine Leute da waren, die die Erfahrung gehabt hätten.

Da fragt man sich, was wohl passiert wäre, wenn der Main über seine Ufer getreten wäre, wenn es hier eine Hochwasserkatastrophe gegeben hätte. Von der ersten Stunde an wären die Hilfsdienste, die dafür vorgesehen sind, plus weitere herangezogen worden, und alle wichtigen Politiker wären mit großen, langen Gummistiefeln vor den Kellern durch das Wasser gestapft, um zu zeigen, wie tapfer sie die Lebenssituation der Menschen retten, aber wie gesagt, andere Menschen mussten an den Gleisen bleiben. Gleichzeitig konnte man nicht nur am Gleis 24, sondern auch am Fernbahnhof beobachten, dass viele von den ...

(Zurufe)

Großes Lob ist doch selbstverständlich für alle, die da geholfen haben. Es gab aber auch Menschen, die halfen, indem ...

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Bitte kommen Sie zum Ende.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

... sie Schrott brachten und nicht jedem etwas zu trinken gaben. Ein Roma bekam eben nicht so schnell die Flasche mit Mineralwasser hingehalten oder einen heißen Plastik ...

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Ihre Redezeit ist beendet. Ich bitte Sie, Ihre Rede einzustellen. Danke!

Meine Damen und Herren, das war vorläufig die letzte Wortmeldung zu dieser Aktuellen

5.1 Flüchtlinge in Frankfurt.....	27
Mündlicher Bericht des Oberbürgermeisters	
5.2 Die Belastungen durch den Ansturm auf Asyl senken	27
Antrag der BFF gemäß § 17 (3) GOS vom 03.09.2015, NR 1267	
5.3 Resolution	27
Gemeinsamer Antrag der CDU, der GRÜNEN und der SPD gemäß § 17 (3) GOS vom 24.09.2015, NR 1283	
Oberbürgermeister Peter Feldmann:	27
Stadtverordnete Christiane Schubring, CDU:	33
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	36
Stadtverordneter Mike Josef, SPD:	38
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:	41
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	42
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:	44
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	45
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:	47
Stadtverordnete Martha Moussa, BFF:	49
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	51
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	52
6. Integrations- und Diversitätskonzept	54
Bericht des Magistrats vom 22.05.2015, B 216	
Stadträtin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg:	54
Stadtverordneter Mike Josef, SPD:	60
Stadtverordneter Stefan Freiherr von Wangenheim, FDP:	63
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:	65
Stadtverordneter Luigi Brillante, LINKE.:	68
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:	70
Stadtverordneter Thomas Kirchner, CDU:	71
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE.:	74

(Beifall, Zurufe)

Wir feiern hier 25 Jahre Einheit, dass haben wir den Ungarn zu verdanken, und alles, was kommt, ist übelste Kritik. Ich finde das außerordentlich unangemessen.

Außerdem lässt die Politik der Bundesregierung die Kommunen und damit uns alle hier im Regen stehen, in erster Linie die Sozialdezernentin - der auch unser Dank gebührt, das ist keine Frage -, aber auch alle Frankfurterinnen und Frankfurter. Wir sollen nun auslöfen, was die völlig von der Realität entfernten Damen und Herren in Berlin, allen voran die Bundeskanzlerin, uns hier eingebrockt haben. Selbstverständlich - das hören Sie von uns, der gesamten BFF-Fraktion - gilt allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Stadt unser Dank für ihr Engagement und das, was sie überdurchschnittlich leisten.

(Beifall)

Das können Sie auch nicht wegreden, zu dem stehen wir. Wir stehen aber auch zu den Bürgergesprächen, die wir führen und zu den Bedenken derer, die jetzt keinen Sport mehr machen können, wo der Schulsport ausfällt - zum Beispiel in der Franz-Böhm-Schule, man kann viele Beispiele nennen -, wir sind dazu verpflichtet, auch diese Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern ernst zu nehmen. Der Oberbürgermeister sprach es an und wir waren ihm sehr dankbar dafür, das ist ein sehr sensibles Thema mit einem sehr fragilen sozialen Gefüge. Es ist in der Tat noch überhaupt nicht raus, da stimme ich Oberbürgermeister Feldmann zu, ob der Satz „Wir schaffen das“ auch seine Umsetzung findet, ob wir das wirklich schaffen. Dazu gehört sehr viel, aber es gehört auch dazu, die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger auf der Straße ernst zu nehmen.

Die Politik der Verantwortlichen in Berlin trägt summa summarum nicht dazu bei, dass den eigentlich berechtigten Flüchtlingen, für die der Artikel 16a des Grundgesetzes seinerzeit neu geschaffen worden ist, die Hilfe zuteilwird, die ihnen zusteht. Mit unserem Antrag NR 1267 verfolgen wir den richtigen Weg. Übrigens, die Kolleginnen und Kollegen in Brüssel verfolgen den Antrag auch, schauen Sie einmal, was in Straßburg und Brüssel

mittlerweile diskutiert wird, nämlich den Menschen zu helfen, die unsere Hilfe benötigen und denjenigen, die keinen Anspruch auf Asyl oder Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben, den Zutritt in das Bundesgebiet zu verweigern. Dies ist sowohl Ausdruck von Gerechtigkeit als auch wirklicher ehrlicher Humanität. Insofern fordern wir Bürger Für Frankfurt alle Verantwortlichen in Bund, Land und Stadt auf, zu einer auf Recht und Gesetz fußenden Politik zurückzukehren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Lothar Stapf:**

Danke schön, Herr Schenk! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth. Bitte schön!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Noch einmal guten Abend, auch denen, die jetzt in der Cafeteria heimlich zuhören.

Mike Josef hat mir empfohlen, die Sache doch nicht so kritisch zu sehen. Ich muss sagen: Mike, du bist halt einer mehr, den ich in 40 Jahren beobachtet habe, der den Weg, die traurige Karriere vom Jungsozialisten mit hohen Zielen zum staatstragenden Politiker gegangen ist. Herzliches Beileid! Also nicht kritisieren dürfen, läuft nicht, das konntest du dir auch denken.

Ansonsten ist die Diskussion dieses Abends dadurch geprägt, dass das häufigste Adjektiv aus schwarzem, grünem und anderem Mund das Wort Stolz ist und nicht etwa freundlich oder hilfsbereit. Das gibt mir zu denken. Die Rede des Oberbürgermeisters hat mich an den Werbefilm für eine Automarke erinnert: Er fährt und fährt und fährt. Der Oberbürgermeister dankt und dankt und dankt.

(Zurufe)

In Wahlkampfzeiten muss man das wohl so machen. Schade, dass das Thema genau in

dieser Hinsicht unter die Wahlkampfträger gekommen ist. Wir sollen also stolz auf Deutschland, stolz auf Frankfurt und stolz auf uns selbst sein, und mir kommt das Kotzen. Von den Menschen, die dort kommen, ist in diesen Worten mehr oder minder kaum die Rede. Neben konkreter Hilfe, die in jeder Hinsicht langfristig sein muss, kam noch nichts dazu, wie man das organisiert oder wie die Traumatisierungen der Menschen in Frankfurt gehandhabt werden. Nein, so konkret wird es nicht, man muss sich selbst loben.

Man könnte als konkrete Hilfe auch den Plan haben, diejenigen zu bekämpfen, die Menschen, die als Flüchtlinge, Einwanderer und Asylsuchende zu uns kommen, diskriminieren, bedrohen und bekämpfen, aber ist das hier im Haus wirklich der Fall? Ich erinnere mich, dass es hier seit zehn bis 15 Jahren eine mehr oder weniger geheimnisvolle Verständigung zwischen größeren Fraktionen und einigen einflussreichen Medien gibt, dass man über Nazis am besten gar nicht spricht, das sei die beste Methode, um sie zu bekämpfen. In Wirklichkeit war es so, dass man sich ideologisch wie praktisch zu schwach fühlte, und auch Angst hatte, dass in manchen Fraktionen, etwa der CDU, der eigene rechte Flügel unruhig werden würde, wenn man diese Auseinandersetzung mit rassistischem, völkischem und antisemitischem Denken in allen Formen wirklich führen würde - also totsichweigen. Das Ergebnis ist, dass erst die Republikaner hier in den Römer kamen, die keine sind, und dann die NPD, deren Stadtverordneter jetzt zur Organisation „Der III. Weg“ zu gehören scheint. Das ist eine Vereinigung, der in Ostthessen Brandanschläge gegen Flüchtlingswohnheime zugeschrieben werden und die jetzt Ähnliches für den Herbst angekündigt haben. Die Sprecherin der Sozialdezernentin behauptet aber auf einer öffentlichen Veranstaltung, dass es in Frankfurt eigentlich keine Nazis gäbe. Wie blind sind Sie denn? Dann kam die rassistische BFF mit den Herren Mund, Hübner und Schenk, der Hohmann verteidigte, also alle Spektren, und dann haben wir auch noch die PEGIDA-freundliche AfD ungewählt im Parlament in Gestalt des wendehalsigen Doppel-Doc, der zum Wohl seiner Halswirbelsäule besser noch den Facharzt für Orthopädie machen sollte.

(Zurufe)

Was kommt? Die Flüchtlinge in diesem Land werden - ich sage es einmal hart und kurz -, wenn die erste stolze Selbstfreude und Selbstverliebtheit bei einigen gewichen ist, in diesem Land leider nach nützlich und nicht nützlich sortiert werden. Die Roma, obwohl EU-Bürger, haben wieder eigene Lager in Bayern. Wie gut geht es ihnen eigentlich in Frankfurt? Von ihnen ist noch weniger die Rede, als von Menschen aus Albanien. Je dunkler, ärmer und weniger gut ausgebildet sie sind, umso geringere Chancen haben die Menschen, auch die, die nach Frankfurt fliehen oder einwandern.

Was will staatstragende Politik? Viele werden abgeschoben werden, das wird kommen. Die Zahl der sicheren Herkunftsländer wird vermutlich auch mithilfe der GRÜNEN ausgeweitet, man muss es befürchten. Der tolle große Plan, der so vernünftig und rational klingt, das Problem mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge und Einwanderer zu lösen, hieße, wenn man es ernst meint, keine Kriege mithilfe deutscher Truppen auf dem Balkan, in Afghanistan oder sonst wo auf der Welt, Stopp aller Waffenexporte in alle Welt, Ende des Exportes von Giftmüll und Computerschrott, etwa von Siemens und anderen großen Firmen nach Afrika, und das hieße auch, sich nicht mehr mit subventionierten Lebensmitteln oder Textilien in die afrikanischen Märkte einzumischen. Sie wissen genau wie ich, dass das nicht getan oder gelassen wird, denn das nützt den deutschen Geschäften.

Etwas, was Deutschland wirklich machen könnte, wäre, wenn es um die Ursachen von Flucht, Armut, Perspektivlosigkeit, Krieg und Hunger geht, ganz einfach: Alle Handlungen einstellen, die Menschen verarmen lassen, die ihnen ihre Perspektive rauben, die ihre natürliche Umwelt vergiften, ihre Rohstoffe rauben, ihr Land abgreifen, auch deutsche Konzerne dabei in Kriege bringen. Die Menschen hier, die Empathie empfinden, die helfen wollen und das auch tun, sind oft von Bildern beeindruckt, mehr als manche Politiker das gerne wollen. Da muss man dann angesichts der fürchterlichen Fotos von Kinderleichen am Strand oder von absaufenden Booten doch wirklich etwas machen. Was dann gemacht wird, ist der Plan - ich wette, in zwei Jahren können wir darüber sehr offen reden: Aus den Augen, aus dem Sinn. Betrof-

fenheit mischt sich zu sehr in staatliche Politik ein. Wirkliche Hilfe ist mit den gegenwärtigen Politikersprechblasen von Problemen vor Ort nicht gemeint. Das wissen Sie doch alle ganz genau. Hilfe in Afrika bedeutet derzeit Entwicklungshilfe zugunsten deutscher Profite, in jedem Einzelfall nachweisbar.

(Zurufe)

Hilfe in Afrika bedeutet in Wirklichkeit, die Flüchtlinge in Afrika festzuhalten, das Muster sehen wir bei einen der schlimmsten Zäune, nämlich dem in Marokko, seit Jahren, auch mit deutschen Geldern EU-finanziert, von dem gar nicht die Rede ist, nur von dem in Ungarn, und der ist genauso schlimm, das ist richtig. Aber die Ursachen bekämpfen heißt künftig, dass - und das ist meine Befürchtung - mehr und mehr abgeschottete Lager in Afrika entstehen, damit man hier keine Bilder von Einzelschicksalen mehr sieht, die dann irgendwelche Mittelschichtangehörige so sehr erschüttern, dass sie vielleicht schnell zum Gleis 24 rennen und etwas bringen wollen.

Ich bin sehr bescheiden und freue mich über Menschen, die wirklich helfen, nicht um stolz zu sein oder neue Formen ekligen Patriotismus zu entfalten, sondern weil Menschen Menschen helfen sollten.

Habe ich noch eine Minute? Nein, habe ich nicht mehr.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Sie haben noch zehn Sekunden für diesen Abend.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Gut! Dann halte ich Ihnen eine kleine schöne Geschichte vor, die ich vielleicht ein andermal vortrage, wenn mir jemand zwei Minuten Redezeit schenkt. Ansonsten ist es doch schon so, dass man überprüfen kann, was all die schönen Reden nützen, wenn man das Verhalten der Menschen im Alltag beobachtet, ob sie es wagen, sich etwa in der Straßenbahn in Alltagsrassismus einzumischen oder ob sie glauben, dass eine Rede im Römer reicht.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Frau Ditfurth! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kliehm, LINKE.-Fraktion. Bitte!

Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Schenk, ich gehe zunächst ein wenig auf Ihre Rede ein. Immer wenn es um Grundrechte geht, gibt es irgendjemanden, der mit dem Grundgesetz winkt. Sie übersehen dabei, dass es im Grundgesetz nicht nur um Deutsche, sondern um Menschen geht. In den ersten Artikeln des Grundgesetzes geht es um Menschenrechte, und deswegen gilt unsere Hilfe Menschen in Not und nicht nur ausschließlich Deutschen. Sie verdrehen insofern auch die Tatsachen, wenn Sie sagen, dass man auch die Sorgen der Sportvereine ernst nehmen muss. Wenn Sie in den letzten Tagen die Zeitungen gelesen haben, dann hätten Sie feststellen können, dass genau diese Sportvereine sagen, dass ihre Probleme, dass sie jetzt woanders trainieren müssen, ein Dreck sind angesichts der Tatsache, dass Menschen in lebensbedrohlichen Situationen über das Mittelmeer flüchten. Was ist dagegen schon das Problem, dass man auf eine andere Sporthalle ausweichen muss. Diese Vereine geben sehr gerne freiwillig und mit einer Willkommenskultur ihre Räume für Flüchtlinge her.

(Beifall)

Insofern glaube ich auch nicht, dass wir in Deutschland ein Flüchtlingsproblem haben. Wenn, dann haben wir in einigen Gesellschaftsschichten und Orten ein Naziproblem. Insofern, wenn Herr Hübner, wie von den Jusos kritisiert, sagt, wir haben einen Teilaustausch des deutschen Volkes: ja gerne doch. Schicken wir die Nazis alle nach Ungarn, die Flüchtlinge bleiben. Nazis vertreiben, Flücht-